

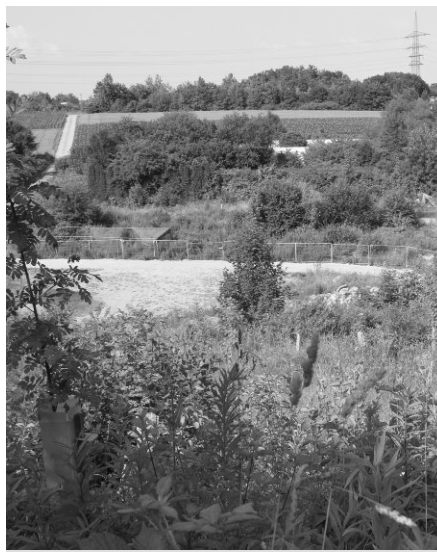


Energiewende und Landschafts- entwicklung im Stuttgarter Norden

Nach dem Reaktorunglück von Fukushima setzte sich auch bei den Atomkraftfreunden die Einsicht durch, weg von Kernkraftwerken zu kommen und rasch alternative Energieträger auszubauen.

Die Europäische Union verlangt das auch von den lokalen Energieversorgern. Der Stuttgarter Gemeinderat, forciert von SPD und Grünen, nahm seine Entscheidung zum Verkauf der Strom- und Gasversorgung an die EnBW zurück und beschloss die Wiedergründung der Stadtwerke. Diese suchen nach einer ökologisch nachhaltigen Energiebasis. Eine Möglichkeit ist die Gewinnung von Strom und Gas aus Bioabfällen, wie es Nürtingen und Backnang tun.

Weil die EnBW nicht bereit war, einen geeigneten Standort für eine Bioabfallvergärungsanlage in Gaisburg an die Stadt Stuttgart zu veräußern, untersuchte die Stadt andere Standorte und fand einen im Gewann Hummelbrunnen Süd im Zuffenhäuser Norden (von wo aus das Hallenbad mit Gas versorgt werden kann) beim Verkehrsknoten zwischen Bahnlinie, B 27 und B 27a. Diese Verkehrsbauten hatten schwere Eingriffe in die Landschaft zur Folge, für die ein Ausgleich vorgesehen war. Aber nur wenige Maßnahmen wurden verwirklicht wie Aufschüttungen, besonders in Gestalt der sogenannten Seitendeponie, die heute der einzige akzeptable Biotop mit einer beachtlichen biologischen Vielfalt in diesem Gelände darstellt. Direkt nördlich davon in einer Mulde soll die Bioabfallvergärungsanlage entstehen. Die SPD-Bezirksbeiräte Kerler, Mammel und Haubensak schlugen vor, den ursprünglich ortsnahen Standort aufzugeben.



Blick von der Seitendeponie in die Mulde für die Bioabfallvergärungsanlage.

Außerdem gelang es, die anderen Fraktionen von weiteren Forderungen an die Stadtplanung zu überzeugen. Sie sollen Teile eines Gesamtkonzepts zur Landschaftsgestaltung zwischen Stammheim und Zazenhausen werden. Einen Entwurf des Büros Valentini von 1980 kann man auch heute noch zu Rate ziehen. Was stellt sich die Zuffenhäuser SPD vor?

„Wir wollen, dass Straßen und Bahnlinie durch Erdaufschüttungen weniger als heute sichtbar sind. Landschaft soll zurückgewonnen und die bisher isolierten Teile vernetzt werden. Das ist gut für die Naherholung mit Geh- und Radwegen, mit Aussichtspunkten, aber auch für die Pflanzen- und Tierwelt. Ganz wichtig ist, das Gebiet östlich der Ludwigsburger Straße einzubeziehen – als 'Brückenkopf' zum neuen Wohngebiet Hohlgrabenacker, etwa entlang dem historischen Hummelgraben zum renaturierten Feuerbach. Das müsste einerseits durch querende Wege und andererseits durch Verbindungen zwischen Biotopen geschehen. Als Aus-

sichtspunkte eignen sich die Sauhalde, die Seitendeponie und der Hang östlich der Ludwigsburger Straße.“

Die SPD-Bezirksbeiräte fordern, dass die Weg- und Biotopverbünde Ackerrandstreifen, „Lerchenfenster“ als Nistplätze in Äckern, Baumpflanzungen an Wegkreuzungen, Obstbaumalleen und Gehölzstreifen umfassen sollten.

Wasserführende, verrohrte Gräben sollten geöffnet und Feuchtbiotope hergestellt werden, zum Beispiel in der Mulde der Bioabfallvergärungsanlage, die so gestaltet werden muss, dass der Eingriff in die Natur gering und optisch möglichst unauffällig ist.

Die SPD wünscht einen Entwurf der Stadt- und Landschaftsplaner einschließlich des Amtes für Umweltschutz im Herbst 2013 und die Bereitstellung von Planungsmitteln für den Haushalt 2014/15. Dazu gehört auch eine öffentliche Diskussion und Beteiligung des Bezirksbeirats von Beginn der Planung an.

■ Hans-Georg Kerler

Für Sie aktiv vor Ort

Stadträtin

■ **Ariane Zürn** · Schozacher Straße 40
70437 Stuttgart · Tel. 0711-849 44 61
E-Mail: ariane@aberwarum.de

OV-Vorsitzender Zuffenhausen

■ **Hans-Georg Kerler**
Brettheimer Weg 8 · 70435 Stuttgart
Tel. 0711-870 15 64 · E-Mail: hgkerler@web.de

OV-Vorsitzender Rot

■ **Alexander Mak**
Gundelsheimer Str. 38 · 70437 Stuttgart
Tel. 0711-882 32 40
E-Mail: alexander.mak@gmx.de

Weitere Informationen unter:

www.spd-zuffenhausen.de
www.spd-rot.de

Stuttgart gemeinsam gestalten

Erarbeitung des Kommunalprogramms im Dialog mit den Bürgern

■ Allenthalben wird Klage darüber geführt, wie fern die Politiker seien und dass der Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik gering sei. Gerade Stuttgart zeigt, dass eine engagierte Bürgerschaft für ihre Interessen eintreten und für ihre Themen streiten kann.

Vielfältige Erfahrungen im In- wie im Ausland zeigen, dass Politik besser werden kann, wenn man Bürgerinnen und Bürger frühzeitig mit einbezieht. Das gilt nicht nur bei Einzelmaßnahmen, sondern ebenso bei der Planung der Vorhaben für die kommenden Jahre. Mit dem Bürgerhaushalt konnte auf Initiative der SPD ein erster Schritt hin zu einer umfassenderen Beteiligung geschaffen werden. Die SPD Stuttgart will demgemäß einen anderen Weg einschlagen auch bei der Konzeption des kommunalpolitischen Programms. Es soll keine vorgefertigte Vorlage „von oben“ geben, sondern ein gemeinsames Erarbeiten – innerhalb der Partei wie auch nach außen hin.

Was sollen die Schwerpunkte der kommunalpolitischen Aktivitäten der SPD Stuttgart in den kommenden fünf Jahren sein? Welche Konzepte und Ziele soll die Sozialdemokratie in der Stadt verfolgen? Was sind die richtigen Antworten auf die Herausforderungen des urbanen Lebens in den Jahren 2014 bis



Urbane Vielfalt · SPD Stuttgart startet Bürgerdialog zur Erarbeitung eines kommunalpolitischen Programms.

2019? Wir wollen auf diese Fragen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Antworten finden. Die SPD Stuttgart stellt das kommunalpolitische Programm, mit welchem sie zur Wahl im Mai 2014 antritt, zusammen mit denen auf, die aus ihrem Alltag am besten beschreiben und einbringen können, welche Schwierigkeiten und welche Probleme existieren – und wo der Lösungsbedarf besonders groß ist. Deshalb wollen wir im Oktober 2013 damit beginnen, in den Stadtbezirken Bürgerforen abzuhalten, die den Menschen vor Ort so einfach und nah wie möglich die Gelegenheit eröffnen sollen, sich in die Zielbestimmung einzubringen.

Was kommt in den Fokus und wo drückt der Schuh am stärksten? Dieser Bürgerdialog ist bewusst offen gehalten. Alle interessierten Menschen und Vereine sowie Verbände sind willkommen. Im Austausch mit ihnen wollen wir die Problemkarte erarbeiten und Lösungsmöglichkeiten skizzieren. Die Themenschwerpunkte aus diesen Bürgerforen werden zusammengefasst zu Schwerpunktbereichen, die wir im Anschluss in thematischen Foren intensiver beleuchten wollen. Dabei werden wir ferner die fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher einbeziehen. Diese Ergebnisse wiederum werden zusammengeführt und in ein Gesamtprogramm gegossen, das dann den SPD-Ortsvereinen zur Beratung gegeben wird. Anfang 2014 schließlich soll das kommunalpolitische Programm der SPD Stuttgart auf einer Kreiskonferenz beschlossen werden.

Wann und wo die Bürgerforen in Ihrer Nähe stattfinden werden, können Sie den lokalen Ankündigungen der Ortsvereine im Internet entnehmen. Aber auch für diejenigen, die an den Terminen nicht teilnehmen können, ist eine Begleitung dieses Prozesses im Internet vorgesehen, so dass Sie orts- und zeitunabhängig mitwirken können.

Bringen Sie sich ein! Klicken Sie sich ein in die Diskussion! Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen. **Mehr Informationen auf: www.spd-stuttgart.de**

■ Dejan Perc · Kreisvorsitzender



*In Stuttgart schlägt der Puls einer der erfolgreichsten Regionen Europas. Es fehlt aber zunehmend am **WIR** in der Gesellschaft. Nur mit guter Arbeit schaffen **WIR** letztlich die Grundlage für ein würdiges Leben, auch im Alter. Gleiche Bildungschancen und bezahlbare Wohnungen sind Voraussetzungen für Gerechtigkeit. Dafür setze ich mich ein.*

Das sagt Nicolas Schäfstoß (30) · Bürger aus Stuttgart-Ost, Ver.di Personalrat im Statistischen Landesamt BW und SPD-Kandidat für den Deutschen Bundestag.

Neue Energiepolitik in Stuttgart

SPD gibt Richtung vor

Am 18. Juli hat der Gemeinderat den sogenannten „Zweiten Verfahrensbrief“ beschlossen. Mit ihm wird den sechs Bewerbern eine wichtige Grundlage für die ab August stattfindenden verbindlichen Verhandlungen zur Konzessionsvergabe gegeben. Gleichzeitig ist damit der Rahmen für die künftige Struktur der Energieversorgung in Stuttgart abgesteckt.

Den neuen Stadtwerken, die zu 100% im Eigentum der Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrs GmbH (SVV) stehen, fügen sich weitere Elemente an. Die Tochter für den Energievertrieb „stuttgartENERGIE“ ist bereits seit Februar am Markt. Auch die eigene Energieerzeugung befindet sich im zügigen Aufbau. Die eigenen Solarstromanlagen werden ausgebaut und das Engagement in der Windkraft, teilweise gemeinsam mit anderen Stadtwerken, kommt hinzu.

Jetzt sind die Netze für Strom und Gas dran. Sie sollen ab dem 1. Januar 2014 einschließlich der Konzessionen in einer Netzeigentums-gesellschaft gebündelt werden. Diese wird zu einem höchst möglichen Anteil, mindestens jedoch zu 50,1%, den Stadtwerken gehören. Allerdings strebt der Gemeinderat in den Verhandlungen von Anfang an einen Eigentumsanteil von 74,9% an. Sollten die Stadtwerke die Netzkonzessionen



alleine bekommen, wird die dann hundertprozentig städtische Eigentums-gesellschaft auch alleiniger Eigner der geplanten Betriebs-gesellschaft. Für den Fall einer Kooperation der Stadtwerke mit einem Partnerunternehmen ist geplant, die Mehrheit am Netzbetrieb nach einer Übergangszeit von maximal zehn Jahren zu erwerben. Die Netzeigentums-gesellschaft wird damit strategisches Element der Energiepolitik in Stuttgart.

Die relativ lange Übergangszeit bis zur Mehrheit der Stadt an der Betriebs-gesellschaft entspricht nicht unbedingt den Vorstellungen der SPD-Gemeinderatsfraktion. Unser Ziel bleibt, diesen politischen Kompromiss zugunsten eines wesentlich kürzeren Zeitablaufs zu verbessern. Ansatzpunkt für diese Erwartung ist die Konkurrenz zwischen den Bewerbern um eine Kooperation mit unseren Stadtwerken.

Die SPD in Stuttgart hatte zur Kommunalwahl 2009 die Richtung vorgegeben: 100% kommunale Wasserversorgung und Stadtwerke mit kommunaler Beherrschung. Wir sind froh und stolz darauf, dass wir heute mitten in der Realisierung unserer Ziele stehen.

■ Manfred Kanzleiter · Stadtrat

Stadtbahnen und Busse – noch attraktiver

Die Stuttgarterinnen und Stuttgarter schätzen ihren öffentlichen Verkehr und nutzen ihn jedes Jahr mehr. Für die Fahrt in die Innenstadt sind schon heute die öffentlichen Verkehrsmittel weitaus beliebter als das Auto. Damit auch auf anderen Verbindungen noch viel mehr Bürgerinnen und Bürger auf Busse und Bahnen umsteigen, muss das Angebot weiter verbessert werden. Nur so können Straßenverkehr und Feinstaub spürbar reduziert werden.

Für die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs spielt die Fahrzeit „von Haus zu Haus“ eine entscheidende Rolle. Wenn Busse und Bahnen häufiger fahren, werden die Wartezeiten beim Umsteigen kürzer, die reale und die gefühlte Reisezeit verringert sich. So haben wir uns hartnäckig für Taktverbesserungen eingesetzt und freuen uns über unseren Erfolg: Mit dem Fahrplanwechsel am 14. September gehört der 20-Minutentakt von Stadtbahnen sonntagmorgens und spätabends der Vergangenheit an.

Dieser Weg muss weiter gegangen werden. Die Lebensgewohnheiten haben sich geändert, die Arbeitszeiten sind flexibler geworden, die Läden länger geöffnet. Der öffentliche Verkehr muss darauf antworten. Busse und Bahnen sollten erst um 20:00 Uhr in den ausgedünnten Abendverkehr wechseln. Viele Fahrgäste sind auf Busse angewiesen, um überhaupt zur Stadtbahn oder S-Bahn zu kommen. Der Busverkehr in Stutt-



gart aber entspricht nicht dem Standard, der einer Großstadt angemessen wäre. Noch immer gibt es Buslinien, die tagsüber nur im 20-Minutentakt fahren und in der Hauptverkehrszeit nicht einmal alle 10 Minuten – großstädtischer Busverkehr sieht anders aus. Allzu oft bleiben Busse im Stau hängen oder warten an Kreuzungen wie jedes Auto. Wer nachts den Anschlussbus verpasst, der hat bis zum nächsten Bus eine halbe Stunde Zeit, um sich zu überlegen, ob er in Zukunft nicht doch mit dem Auto fährt.

Dem Busverkehr in Stuttgart wurde in den letzten Jahren nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die ihm zukommt. Wir sind dabei, dies zu ändern.

■ Dr. Roswitha Blind · Fraktionsvorsitzende

© Kultusministerium Baden-Württemberg
Andreas Stoch · Kultusminister

Die SPD-Gemeinderatsfraktion Stuttgart lädt ein zum Thema:

ALLEN SCHULKINDERN GERECHT WERDEN!

Bildungspolitischer Diskussionsabend mit Kultusminister Andreas Stoch

Termin: Di. 1. Oktober 2013 · 18:00 Uhr**Ort:** Werner-Siemens-Schule · Heilbronner Straße 153 · 70191 Stuttgart

Die Schule ist über die Haltestelle "Eckhartshaldenweg" erreichbar · U-Bahn-Linien U5, U6, U7 und U12

Da die Zahl der Plätze begrenzt ist, bitten wir um frühzeitige Anmeldung per E-Mail an: spd.fraktion@stuttgart.de oder telefonisch unter 0711 / 216 60 670.**Auf dem Podium diskutieren:**

Andreas Stoch · Kultusminister

Dr. Susanne Eisenmann · Schulbürgermeisterin

Marita Gröger · SPD-Stadträtin

Sabine Wassmer · Vorsitzende des Gesamtelternbeirats

Wolfram Speck · Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreis Stuttgart

Begrüßung: Dr. Roswitha Blind · Fraktionsvors. der SPD-Stuttgart

Moderation: Martin Körner · Bezirksvorsteher Stuttgart-Ost

Weitere Veranstaltungstermine zum Thema Schulpolitik:

Di. 15.10. Besseres Lernen mit der Gemeinschaftsschule
18:00 Uhr im Verwaltungsgebäude Bad Cannstatt,
Marktplatz 10**Mi. 23.10.** Lernen für den Beruf an beruflichen Schulen
18:00 Uhr in der Steinbeisschule, Steinbeisstr. 5**Do. 7.11.** Besser Lernen mit Ganztageschulen
18:00 Uhr in der Raitelsbergschule, Röntgenstr. 5Weitere Informationen finden Sie unter: www.spd-stuttgart.de

Bessere Aussichten mit der SPD

Die Landeshauptstadt Stuttgart kann auf die stolze Zahl von 120 Aussichtspunkten verweisen. Wie die Stäffele sind sie typisch für die Stadt und erhöhen deren Attraktivität.

Auf der Wieland-Wagner-Höhe im Stuttgarter Osten liegt einem die Stuttgarter Innenstadt zu Füßen. Die Birkenwaldstraße im Norden bietet einen Panoramablick von 180 Grad. Diese Einmaligkeit erkennt auch der Tourismus zunehmend. Immer mehr Reisebusse halten hier, um Stuttgart „von oben“ präsentieren zu können. Doch in welchem Zustand befinden sich die Aussichtspunkte? Dies ließ sich die SPD-Gemeinderatsfraktion vor Ort an vier Beispielen vom Leiter des Garten-, Friedhofs- und Forstamts, Volker Schirner, aufzeigen. Das Ergebnis war schockierend: Dies sind keine Visitenkarten Stuttgarts!

Der Aussichtspunkt Wieland-Wagner-Höhe, gleich gegenüber dem Staatsministerium, ist hochfrequentiert – nicht nur durch Touristenbusse oder in der Silvesternacht. Auch mobilitätseingeschränkte Bewohner/innen einer nahegelegenen Senioreneinrichtung würden diesen Blick gern täglich genießen. Der ungepflegte und nicht barrierefreie Zugangsweg zur Aussichtsplattform erschwert jedoch den Besuch. Begrüßt wird man von schlecht positionierten Abfallkörben, das eigentliche Plateau ist verwildert und die Mauern bröseln. Ähnlich ist die Situation im Norden auf dem Aussichtspunkt Mönchhalde/Birkenwaldstraße, einem Schotterplatz mit tollem Blick über Stuttgart. Ein schmales Plateau, von dem man bei einem falschen Schritt sehr leicht runterfallen und sich verletzen kann.

Der Aussichtspunkt Hasenbergsteige ist eigentlich ein kleines Paradies – nur wie findet man es? Hat man den schmalen Zugangsweg entdeckt, ist die Freude jedoch groß:



Genieß' die Aussicht: Die SPD möchte den Zustand der Aussichtspunkte verbessern.

Ein wunderbarer kleiner „Park“ und Reste des Hasenbergturmes überraschen und laden zum Verweilen ein. Geht man dann dagegen auf die Aussichtsplattform zu, ist die Enttäuschung ob des maroden Zustandes groß. Da hilft auch nicht der Blick auf den Haigst, den Fernsehturm oder auf Degerloch. Der Aussichtspunkt unterhalb des Kriegsbergturmes wiederum dokumentiert: Qualitätsvolles Grün braucht Pflege. Der Kriegsbergturm selbst ist dank dem Verschönerungsverein in bestem Zustand. Die Aussichtsplattform macht dagegen deutlich, dass für die an sich wunderbare Anlage Pflegepersonal fehlt.

Kann eine Stadt zwischen Wald und Reben sich das leisten? Bemühungen der SPD hinsichtlich Wieland-Wagner-Höhe haben in der Vergangenheit keine Mehrheiten gefunden. Wir hoffen nun, dass Sanierungsvorschläge des Amtes in diesem Haushalt endlich Gehör finden werden.

■ Monika Wüst · Stadträtin